

7. Referent Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich habe zu Post 3 der heutigen Tagesordnung über die in den gestrigen Abendblättern erschienenen Verfügungen der Regierung wegen **nein**derats-Sitzung vom 18. Juni 1918. Herabsetzung der Brotquote in Wien zu berichten.

Meine sehr geehrten Herren! Es ist nicht das erste Mal, daß sich der Wiener Gemeinderat mit den Ernährungsfragen befaßt. Es ist nicht das erste Mal, daß wir gegenüber der Regierung unsere warnende Stimme erheben. Im Herbst des Jahres 1917 beginnt der Leidensweg, den die Wiener Gemeindeverwaltung insbesondere in der Brot- und Mehlerverforgung zu gehen hat.

Meine sehr geehrten Herren! Ich rufe Ihnen allen in Erinnerung, daß ich bereits im November des Jahres 1917 eine Konferenz der Wiener Abgeordneten ohne Unterschied der Partei in den Stadtrats-Sitzungsraum einberufen habe. Die Herren folgten meiner Einladung und ich habe ihnen damals schon die Not der Wiener Bevölkerung, insbesondere aber meine Sorge für die Zukunft eröffnet. Ich habe damals die Zusage aller Abgeordneten erhalten, daß sie, jeder in seiner Gruppe und jeder nach seinen Kräften für die Aufrechterhaltung der Ernährung eintreten werden.

Wie aber die Regierung vorgegangen ist, mögen Sie aus Ihrer Erinnerung schöpfen. Es ist folgendes festzuhalten: Kaum war die neue Ernte eingebracht, als auch schon schönfärberische offiziöse Kommuniqués erschienen, die förmlich an das bekannte Ringtheaterwort „Alles ist gerettet!“ erinnerten. Im Oktober hat die Regierung erklärt, daß sie zu der Mehlerquote Zubeußen geben werde. Wie oft sind aber solche Zubeußen gegeben worden? Zweimal, und dann war es mit diesen Zubeußen zu Ende. Bei dieser Konferenz der Abgeordneten unter meiner Führung im Parlamente wurde damals gesagt: wir sind mit der inländischen Ernte wahrscheinlich schon Ende Dezember 1917 fertig, und auf die Anfrage, ob die Regierung glaube, daß noch weiter genügend vorgeforgt sei, hat damals Generalmajor v. Landwehr das berühmte Wort gesprochen: „Ich glaube, ja!“

Schon im Jänner waren wir gezwungen, uns an die deutsche Regierung um Ausbilden zu wenden. Ende März hat hier im Rathaus eine Obmänner-Konferenz stattgefunden, in welcher einstimmig beschlossen wurde, sowohl an den Minister des Außeren, wie auch an den Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler heranzutreten und ihnen eine Denkschrift zu überreichen, in der wir abermals alles zusammengefaßt haben, was der Wiener Gemeinderat als im Interesse der Wiener Bevölkerung hinsichtlich der Brot- und Mehlerverforgung für notwendig erachtet.

Wir haben ein Kalendarium verfaßt, in welchem alle Aktionen des Bürgermeisters und der Gemeindeverwaltung aufgezählt sind, die in dieser Frage durchgeführt wurden, wir haben eine Fülle von Anträgen aufgestellt, welche wir der Regierung unterbreitet haben, und auf welche wir oft nicht einmal eine Erledigung erhalten haben. (Rufe: Hört! Hört!) In Verfolgung dieser Aktion, die aus der Obmänner-Konferenz hervorging, waren unter meiner Führung die Vize-Bürgermeister und die Obmänner der Parteien beim Ministerpräsidenten, welcher uns in Gegenwart des jetzigen Ministers Paul empfing. Damals hat der damalige Ernährungspräsident Paul erklärt, so wie bisher werde die gekürzte Mehlerquote ausgegeben werden, aber er verpflichtete sich, die volle Brotquote für Wien bis Ende Juni einzuhalten. Gewiß ein autoritatives Wort! Die Not stieg aber der Regierung bald bis an die Kehle! Mit der Verordnung vom 19. April wurden die Selbstverbraucher veranlaßt, aus ihren

Borräten abzugeben und es wurde ihnen für die Abgabe dieser Borräte eine Prämie zugesagt.

Meine Herren! Das ist das Unmoralischste, was ich mir denken kann! (Lebhafte Zustimmung.) Diejenigen, die brav geliefert haben, bekommen keine Prämie, die aber, die Borräte zurückgehalten haben, kriegen dafür, daß sie zurückgehalten haben und sie nunmehr herausgeben, eine Prämie. (Neuerliche Zustimmung und Rufe: Hört! Hört!) Was hat sich damals die Regierung vorgestellt, was diese Requisitionen wohl ergeben werden? Die Regierung hat sich vorgestellt, daß diese Requisitionen 10.000 Waggons Brotfrüchte ergeben werden. Und wissen Sie, was der Erfolg dieser Requisition war? 2500 Waggons! Dabei muß ich aber hier eines hervorheben: ein einziges Kronland ist seiner Verpflichtung nachgekommen und dieses ist das deutsche Kronland Niederösterreich. Das deutsche Erzherzogtum Oesterreich unter der Enns hat in 12 Tagen die ihm vorgeschriebene Quote voll aufgebracht. (Lebhafte Beifall.)

Meine Herren! Bereits am 25. April haben wir neuerlich im Stadtrate beraten und es wurde damals die Resolution Spalowsky beschlossen. Ich erlaube mir, diese Resolution Ihnen in Erinnerung zu bringen, denn sie gehört zur richtigen Beurteilung der gesamten Sachlage. (Liest:)

„Der Wiener Stadtrat stellt fest, daß die Ernährungsverhältnisse der Wiener Bevölkerung trotz der wiederholten Zusagen der Regierung nicht nur keinerlei Verbesserung aufweisen, sondern besonders in den letzten Wochen eine geradezu katastrophale Entwicklung genommen haben.“

Das vollständige Ausbleiben von Kochmehl und die ganz ungenügende Zuteilung von Fett, Milch und Fleisch machen die Befriedigung des notwendigsten Nahrungsbedarfes ganz unmöglich. Angesichts dieses unerträglich und unhaltbaren Zustandes richtet der Stadtrat an Se. Exzellenz den Herrn Bürgermeister das Ersuchen, bei der Regierung neuerlich nachdrücklichst die ungesäumte Zufuhr von ausreichenden Nahrungsmittelmengen nach Wien zu verlangen.“

Wissen Sie, was der Erfolg dieser Resolution war? Der Erfolg war, daß sie nahezu gänzlich konfisziert wurde. (Stürmische Rufe: Hört! Hört!) Ich habe nicht ermangelt, dem Beschlusse des Stadtrates zu entsprechen und habe mit allem Nachdruck die Forderungen dieser Resolution bei der Regierung vertreten. Das war am 25. April.

Meine verehrten Herren! Am 8. Mai wurde der Frieden mit Rumänien geschlossen und am 14. Mai das Wirtschaftsübereinkommen mit diesem Staate, nachdem schon vorher, am 28. April, das Wirtschaftsübereinkommen mit der Ukraine abgeschlossen worden war.

Meine Herren! Ich muß gestehen, daß auch ich zu denen gehörte, welche die Zuversicht hegten, es werde der Frieden mit der Ukraine auch unsere Rettung aus den Ernährungsfragen bringen. Leider haben sich diese Hoffnungen, diese Erwartungen nur zum Teile erfüllt. Es ist nicht meine Sache, über die verschiedenen Maßnahmen der Regierungen zu urteilen, Tatsache ist aber, daß alle Maßnahmen der Regierungen nicht ausreichten, um die vorhandenen Brotfrüchte aus der Ukraine zu erfassen und in entsprechender Menge und in entsprechender Zeit nach Oesterreich zu bringen.

Was Rumänien anlangt, so wird mir von allen Seiten die Information gegeben, daß die Borräte Rumäniens bis zum